

## Stellungnahme der UWG-Fraktion zum Haushaltsplan des Jahres 2007

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,  
verehrter Herr Haßenkamp,  
meine Damen und Herren!

### 1. Die Hauptlast unseres Haushaltsplanes

Sie werden sich sicher erinnern an den Schlagler zur Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr: 54, 74, 90, 2010...es wurde der Hit des vergangenen Jahres. In einer Kolumne der Süddeutschen Zeitung wurden diese Zahlen wieder aufgegriffen. Ihr Autor verweist darin auf den Anfang des Wirtschaftswunders in den 50ern, sieht die Bundesrepublik der 70er-Jahre im Zenit ihrer Geschichte, weil vom technisch-wirtschaftlichen Fortschritt alle profitierten: (Zitat) „Kapital und Arbeit, der Einzelne und die Gesellschaft waren miteinander verbunden durch ein Wertesystem, das sich soziale Marktwirtschaft und demokratischer Rechtsstaat nannte... Alle fuhren gut damit, weil das Wachstum stetig, die Zukunft planbar und kaum Gemeinkosten entstanden für die Behebung der Schäden durch Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Alkoholismus und Verwahrlosung in den Familien.“ (Zitatende)

Als 1990 die neuen Bundesländer zu uns kamen, gab es diese Wertegemeinschaft schon nicht mehr. Die Kapitalseite hatte der Gesellschaft inzwischen die Solidarität aufgekündigt.

(Zitat): „Seitdem wird das, was früher einmal Heimat genannt wurde, überall auf der Welt zum Industriestandort planiert, wo es den Standortkommandanten egal sein kann, wer unter ihnen Bundeskanzler, Präsident, Premierminister oder EU-Kommissar ist.“ (Zitatende)

Diesem Primat der Wirtschaft und der Aktien sind wir seit vielen Jahren ausgesetzt. Wir erleben es täglich und spüren es bis hinein in unsere Region, für die der Fall BenQ nur ein Beispiel ist.

Die daraus resultierenden Probleme und Belastungen greifen bis in unsere Kreise und Kommunen und ihre Haushalte hinein, ohne dass eine ausreichende Unterstützung durch Bund und Land erfolgt.

Wie sieht es denn z. B. aus mit der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger? Mit dem Gummersbacher Appell der NRW-Kreise im Herbst wurde mit Recht eine Erhöhung der Bundesbeteiligung von 3,9 auf 5,8 Mrd.€ gefordert. Aber er bescherte nur einen bescheidenen Teilerfolg von 4,3 Mrd.€.

Angesichts solcher Entscheidungen dürfen wir uns nicht wundern, wenn knapp 47 % aller Aufwendungen unseres Kreishaushaltes 2007 auf das Sozialbudget entfallen, das auch ohne Hartz IV bereits hinreichend belastet ist.

## **2. Ein gelungenes Modell: die Option**

Herr Landrat, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede für 2007 als einen richtigen, wenn nicht den wichtigsten Schwerpunkt genannt, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, für Jugendliche einen Ausbildungsplatz zu schaffen und die sozialen Strukturen weiter zu konsolidieren. Jeder von uns kann sich dem nur anschließen.

Darum möchte ich behaupten: Wenn irgendein Beschluss des Kreistages in den vergangenen Jahren richtig war, dann die Entscheidung für das Optionsmodell.

Immer wieder werden uns über das Fernsehen und andere Medien Negativbeispiele von kläglich gescheiterten Arbeitsvermittlungen vorgestellt. Mehr und mehr zeigt sich, dass das System der ARGEN dauerhaft scheitern muss, wenn der Zentralismusglaube nicht einer Akzeptanz für die regionalisierte Grundidee der Hartz IV-Reform weicht. Dass eine orts- und kundenbezogene Betreuung durch Fallmanager über den Service-Punkt ARBEIT im letzten Jahr über 3.700 Menschen in den 1. Arbeitsmarkt vermitteln konnte, zeigt deutlich die Richtigkeit der Entscheidung des Kreistages für das Optionsmodell.

## **3. Die Stärkung der Wirtschaft**

Sie haben, Herr Landrat in Ihrer Rede insgesamt vier Schwerpunkte hervorgehoben. Ganz neu sind sie ja nicht. Erst im November haben wir uns hier im Kreistag mit denselben Schwerpunkten im Strategiepapier zum Brennpunkt Demographie beschäftigt. Finden sich aber die dort festgelegten Schwerpunkte eigentlich in Ihren aufgelisteten Projekten konsequent genug umgesetzt?

Ich denke dabei besonders an das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das sich wie ein roter Faden durch das Strategiepapier hindurchzieht. In einem Abschnitt des Papiers wird die besondere Rolle der Wirtschaft zur Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen genannt. Mit neuen Förderprogrammen, einem Startercenter oder dem Gütesiegel Mittelstandsorientierte Verwaltung kommen wir dem Problem nicht näher. Hätte diese Aufgabe nicht wörtlich und damit deutlicher in den Vordergrund gestellt werden müssen? Ist es uns damit ernst genug, ist die Politik im Kreis nicht verpflichtet, noch viel mehr auf die Betriebe und Unternehmen einzuwirken? Es kann doch nicht sein, um nur ein Beispiel zu nennen, dass eine beruflich hoch qualifizierte Frau, die zwei Jahre nach der Geburt ihres Kindes für halbe Tage in den Beruf zurückkehren möchte, keine Stelle findet, aber in Vollzeit aus vielen Angeboten auswählen konnte.

## **4. Familien und Erziehungskompetenz**

Darum ist es sicher auch wichtig, wenn Sie, Herr Landrat im 3. Schwerpunkt sagen, dass die Familien unterstützt und deren Erziehungskompetenz gesichert werden müssen. Bündnisse für Familien, Familienbüros, Familienzentren, Festigung der elterlichen Erziehungskompetenz – jedes Thema ist ungeheuer wichtig. Wir müssen uns dabei aber über eines verständigen: Welches Familienbild steht uns dabei vor Augen?

In vielen Teilen unserer Gesellschaft, in der Politik und bei vielen Familien selbst ist noch ein Familienbild vorhanden, das ausgerichtet ist an einem männlichen Alleinverdiener. Dies Familienbild sitzt sehr tief in den Köpfen eines Teiles der

## **Anlage 3 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007**

Bevölkerung und auch vieler Verantwortlicher. Unser Bundespräsident hat in einer Rede Anfang Dezember ausdrücklich auf dies Problem aufmerksam gemacht.

Es gibt noch viele, die dies Familienbild idealisieren und erhalten möchten. Und diese sind oft dieselben, die die Notwendigkeit von Ganztagsangeboten deshalb zumindest skeptisch betrachten, weil sie die Verantwortung der Eltern einfordern. Und diese sind es, die auch die wertvolle Arbeit in den Jugendhäusern mit Argwohn betrachten und ihr wenig zutrauen.

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass es eine ganze Reihe von Familien gibt, denen die Übernahme der Verantwortung nicht mehr gelingt, aus welchen Gründen auch immer. Und auf diese Familien und die Kinder aus diesen Familien muss unser Augenmerk besonders gerichtet sein. Wird **das** mit den geplanten Projekten und Einrichtungen deutlich genug? Es ist nicht nachzuvollziehen, dass z.B. in manchen Stadt- oder Gemeinderäten, ja sogar bei Schulleitungen die Einführung von Ganztagsangeboten für die Grundschulen so restriktiv angegangen wird. Es ist auch nicht in Ordnung, dass das Land bis heute nur wenigen Kommunen die Einrichtung von Ganztags Hauptschulen zubilligt.

An anderer Stelle in Ihrer Rede sagen Sie, Herr Landrat: „Erfreulicherweise geht auch die Bedarfsplanung für Plätze in Kindertageseinrichtungen für Unter-3-Jährige planmäßig voran.“ Damit sollen, so ist das Ziel, 20 % dieser Kinder erreicht werden. Ist das wirklich genug? Das 20 % -Ziel ist eine Marke, die uns letztlich wenig kostet, da ja nur durch Geburtenrückgang frei werdende Plätze mit den Jüngsten besetzt werden.

Und was macht das Land bei den Tageseinrichtungen für Kinder? Es kürzt seine Mittel. Wenn wir den bisherigen Standard erhalten wollen, wenn unsere Jugendhäuser weiter gut funktionieren sollen, muss wieder einmal der Kreis herhalten. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass durch die stark rückläufigen Geburtenraten im Land bereits Millionen hier eingespart werden. Neuesten Pressemeldungen zufolge scheint es ja für 2008, zumindest was die Kindergärten betrifft, in der Landesregierung zu einem Umdenken zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ganz allgemein, nicht nur an dieser Stelle, müssen wir von der kommunalen Ebene aus das Land bedrängen, und hier bitte ich besonders die Damen und Herren der CDU und der FDP:

Bei aller Anerkennung der Bemühungen des Landes, seine Finanzen zu ordnen, kann es nicht sein, dass die Landesregierung ihre Konsolidierung auf dem Rücken der Kommunen und Kreise austrägt. Es sollte selbstverständlich sein, dass jede Ebene in ihrem eigenen Kompetenzbereich spart. Das Abwälzen von Aufgaben nach unten ist unsolidarisch und täuscht Konsolidierungserfolge des Landes lediglich vor.

### **5. Zur heimischen Bildungslandschaft**

Seitens unserer Fraktion wollen wir den 4. Schwerpunkt in der Rede des Landrates, die heimische Bildungslandschaft zukunftsgerecht zu positionieren, voll unterstützen. Sicher wird mit einer Befragung der Kindertagesstätten, welche Bedeutung dort dem Bildungsauftrag zugemessen wird, der Bedeutung vorschulischer Bildung Rechnung getragen, aber wir müssen hier besonders auf die Träger einwirken, das Thema intensiv aufzugreifen. Sonst wird die Zahl Hochqualifizierter in unserem Kreis noch

## **Anlage 3 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007**

über Jahrzehnte gering bleiben. Wir hoffen, dass die Studie zur Bildungslandschaft im Kreis Borken bald konsequent umgesetzt werden kann.

### **6. Zum Zahlenwerk des Haushaltsplanes**

Meine Damen und Herren, am Ende des verflissenen Jahres sah man in der Politik überall strahlende Gesichter, angefangen bei der Bundeskanzlerin und den Finanzministern bis zu unseren Bürgermeistern. Die Jahresabschlüsse waren blendend. Auch aus den Ausführungen unseres Landrates und des Kämmerers zum Haushalt war eine große Portion Optimismus herauszuhören.

Mit diesem Optimismus geht allerdings für alle einher, dass gewisse Begehrlichkeiten geweckt werden und in die eine oder andere Aufgabe mehr Geldmittel oder Personal investiert werden als bei einer schmaleren Kasse.

Ich möchte darum Landrat Kubendorff, den Präsidenten des Landkreistages NRW, zitieren. Auf der Versammlung in Gütersloh sagte er vor einigen Wochen: (Zitat) „Herausstellen möchte ich, dass im Zentrum der Bemühungen der Kreise stets das Ziel steht, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden nur im unbedingt notwendigen Umfang zu belasten.“ (Zitatende)

Im unbedingt notwendigen Umfang – ist das im Kreis Borken so? Werden alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft? Sucht man bei Investitionen allgemein nach der sparsamsten Lösung? - Ist die Aufgabenkritik, die vor einigen Jahren zu Einsparungen geführt hat, eine Eintagsfliege geblieben oder muss sie nicht permanent fortgesetzt werden?

Jetzt liegt seit der vorigen Woche das Schreiben der Bürgermeister zum Haushaltsentwurf 2007 auf dem Tisch. Abgesehen von der Tatsache, dass dies hätte sicher eher geschehen können, bleibt aber der Inhalt dennoch sehr bedeutsam. Ich will aus zeitlichen Gründen nicht auf die Details eingehen, das mag der Diskussion um die Eröffnungsbilanz vorbehalten bleiben. Starker Tobak ist der Vorwurf: (Zitat) „zugleich aber deutlich machen, dass es Ihrerseits an dem Willen fehlt, eine gemeindefreundliche Gestaltung zu wählen.“ (Zitatende)

Wie sagte doch Herr Kubendorff? „Die Kommunen durch die Kreisumlage nur im unbedingt notwendigen Umfang belasten.“

Meine Damen und Herren! Wie passt der Satz, wenn im Kreis nach 2,5 Mio € in 2005 eine weitere Ausgabe von 800 T € für den Landeplatz in Stadtlohn-Vreden zur Verfügung gestellt wird?

Übrigens fällt es unserer Landesregierung wohl auch nicht schwer, mal so eben einige Mio € für den Ausbau des Landeplatzes bereit zu stellen. Passt das eigentlich zur Sanierung der Landesfinanzen? Und wenn Düsseldorf so gönnerhaft ist, muss der Kreis sich dann sofort dranhängen und noch einmal 800 T € draufsatteln? Von denen, die später den Flugplatz nutzen werden, ist unseres Wissens bis heute noch kein Cent in die Cofinanzierung geflossen. Sie wissen, dass dies immer ein gewichtiges Argument der UWG-Fraktion gegen den Ausbau war.

Ein weiteres kostentreibendes Ziel des Kreises ist im Haushalt ja jetzt noch nicht erschienen: die Verlagerung des Kreisbauhofes nach Gescher. Dieser Plan wurde

## **Anlage 3 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007**

uns seinerzeit auch deshalb so schmackhaft gemacht, weil im Kreis ein Krisenzentrum erforderlich sei. Dies Argument ist ja wohl nicht mehr stichhaltig. Aus der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „top agrar“ ist zu entnehmen, dass die Bundesländer zur Bekämpfung von Tierseuchen ein mobiles Bekämpfungszentrum anschaffen werden, stationiert in Niedersachsen und innerhalb weniger Tage deutschlandweit aufzubauen für bis zu 200 Seuchenbekämpfer. Warten wir's ab.

### **7. Zur Personalsituation:**

Die Gemeindeprüfungsanstalt bescheinigt dem Kreis bei der Beurteilung der Haushalts- und Wirtschaftsführung eine positive Positionierung bei den Personalausgaben im interkommunalen Vergleich. Zugegeben - er liegt unter dem rechnerischen Mittelwert, aber doch noch beträchtlich über dem Minimum. Deswegen heißt es auch bei den Handlungsempfehlungen der GPA: (Zitat)“kontinuierlich Stellenvolumen und Aufgabenstruktur betrachten“.

Wenn Sie, Herr Haßenkamp, für 2007 16 Stellen weniger ausweisen, so dürfen Sie dabei nicht übersehen, dass davon allein 11,5 Stellen bei der Fleischuntersuchung wegfallen. Ansonsten bewegt sich in den einzelnen Budgets personell wenig.

Ich möchte an dieser Stelle, da ich die Personalsituation kritisch beurteilt habe, dennoch nicht versäumen ein Lob anzuschließen an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Haus, die sich zu Anfang des Jahres bei der Bewältigung der Schweinepest mit zusätzlichen Stunden und Einsatz auch außerhalb ihres Fachbereiches eingebracht haben. Dieser Einsatz zeigt, dass hier im Haus ein gutes Miteinander anzutreffen ist. Es ist richtig, dass Herr Dr. Groenefeld in der Zeitschrift des Landkreistages dies Engagement entsprechend gewürdigt hat.

### **8. Zur Gestaltung des HP und zu unseren Anträgen:**

Unsere Fraktion hat zur Gestaltung des Haushaltsplanes einige Anträge eingebracht, z.B. bei den Teilprodukten Hinweise auf die Rechtsgrundlage zu geben. Ich muss an dieser Stelle im einzelnen darauf nicht mehr eingehen. Ein erster Schritt ist erreicht, wenn diese von uns gemachten Anregungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe noch einmal zur Sprache gebracht werden. Als Anregung hatte ich vieles bereits im vorigen Jahr genannt.

Noch ein paar Sätze zu unseren anderen Anträgen:

Mit seiner Initiative „Leben im Alter neu denken“ beschreitet der Kreis einen guten und wichtigen Weg. Wesentlicher Bestandteil ist dabei auch das Ziel die Förderung eines möglichst langen selbständigen Lebens im Alter. Ein gutes Ziel. Trotzdem könnte dies Ziel missbräuchlich gedeutet werden in die Richtung, dass man von den pflegenden und betreuenden Angehörigen – und um die handelt es sich ja meistens – mehr verlangt als sie zu leisten imstande sind. Es kommt hinzu, dass der medizinische Dienst bei der Einordnung in eine Pflegestufe häufig auf eine möglichst niedrige Stufe wählt, so dass die Pflegenden auch nicht die notwendige finanzielle Unterstützung erfahren.

Die aufopferungsvolle Arbeit der pflegenden Personen lässt sich kaum ausreichend würdigen. Dennoch haben wir den Antrag gestellt, dass die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten möge, wie diesem Personenkreis eine wie auch immer geartete Anerkennung ihrer häufig kostenfreien Tätigkeit zuteil werden kann.

### **Anlage 3 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 18.01.2007**

Und noch ein Satz zur Heimaufsicht im Budget 01:

Hier muss das Ziel „Gewährleistung einer – und das folgende Wort ist uns wichtig – **bestmöglichen** Unterbringung, Betreuung und Pflege unbedingt erhalten bleiben. Damit verbinden wir einen doppelten Gedanken: Einmal würde das Streichen des Wortes **bestmöglich** denen Tür und Tor öffnen, die Heime errichten und unterhalten vor allem des Profits wegen ohne Blick auf ihre Bewohner. Zum anderen sollte der Kreis bei der bestmöglichen Unterbringung auch den Gedanken des Mehr-Generationen-Wohnens mehr in die Erwägungen einbeziehen.

Übrigens: Aus gegebenem Anlass würde es unsere Fraktion für wichtig ansehen, dass die Besichtigung gewisser Heime häufiger unangemeldet erfolgt.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion bezog sich im Budget 03 auf die unbedingt erforderliche bessere Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden in den Niederlanden im Bereich der vorbeugenden Tierseuchenbekämpfung. Im Ausschuss wurde jetzt ein entsprechendes Ziel vereinbart und unser Antrag zurückgezogen. Es geht uns um die baldige Erreichung dieses Ziels. Sie muss gelungen sein, bevor es – was Gott verhüten möge – erneut zu einer Tierseuche kommt.

Herr Dr. Groenefeld, in dem bereits an anderer Stelle meiner Rede erwähnten Artikel zur Tierseuchenbekämpfung hätten Sie dies Problem der fehlenden Kooperation durchaus ansprechen dürfen. Da es völlig fehlt, wirkt es fast so, als dürfte dies Problem nicht laut angesprochen werden.

#### **9. Abschließende Beurteilung des Haushaltsplanes:**

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion anerkennt die Bemühungen der Verwaltung, den Zielen in den verschiedenen Budgets gerecht werden zu wollen, vor allem für die Arbeitsuchenden und die Familien. Der Kreis ist bemüht, für gute Lebensbedingungen aller Menschen und Gruppen im Kreis zu sorgen, soweit dafür hier im Haus die Verantwortung liegt. Ich will ausdrücklich betonen: Die Ziele sind richtig gesteckt. Das war auch der Grund für unsere Zustimmung im vorigen Jahr.

Meine Damen und Herren, nach Abwägung aller Kriterien des Pro und Contra zum Haushaltsplanentwurf 2007 ist unsere Fraktion aber zu der Entscheidung gekommen, den Entwurf diesmal abzulehnen. Unsere Ablehnung des Haushaltes hat zusammengefasst folgende Gründe:

1. Noch immer besteht völlige Unklarheit über die Eröffnungsbilanz. Solange nicht klar ist, welche Auswirkungen diese auf den Kreishaushalt haben wird, bewegen wir uns auf dünnem Eis. Die Kritik der Bürgermeister ist deutlich.
2. Die GPA bestätigt, dass die Personalsituation im Kreis sicher noch einer kritischen Betrachtung bedarf, so dass hier noch Einsparpotenziale vorhanden sind.
3. Sie kennen unseren Standpunkt zum Landeplatz Stadtlohn-Vreden. Die erneute Investition von 800 T €, ohne dass von den Benutzern nur ein Euro hinzukommt, halten wir für nicht verantwortbar.

Somit können wir dem Haushalt 2007 nicht zustimmen.  
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.